



Auf dem Weg in eine nationalistische Wirtschaftsordnung?

Handelsimbilanzen als eine Quelle des neuen Wirtschaftsnationalismus

Die klassische politische Ökonomie hatte mit der Theorie der komparativen Kostenvorteile die bis heute dominante Rechtfertigung der Globalisierung hervorgebracht, welche den Nationalstaaten empfiehlt, im Eigeninteresse (!) auf Protektion der eigenen Wirtschaft zu verzichten. Solange eine solche Öffnung für globale Interdependenzen Wachstum und Beschäftigung hervorbringt, bleibt sie politisch durchsetzbar. In einer schweren Krise mit Arbeitslosigkeit kann die demokratische Politik jedoch gegenüber dem Elektorat nicht auf die theoretische Versicherung verweisen, ein von Interventionen freies Wirtschaften operiere optimal. Es steht heute unter dem Druck, durch wirtschaftspolitische Interventionen die in den „Trente Glorieuses“ aufgebauten Erwartungen an Masseneinkommen zu erfüllen. Die Große Rezession als schwerste Krise seit der Großen Depression hat den Glauben an das neoliberale Programm fiskal- und außenhandelspolitischer Enthaltensamkeit erschüttert. Weil jedoch jenseits expansiver Geldpolitik kein konsentiertes wirtschaftspolitisches Krisenmanagement existiert (schon gar nicht auf suprastaatlicher Ebene), verlegen sich neue und auch etablierte politische Akteure auf ein offenes Propagieren von Protektion bzw. einer „nationalegoistischen“ (Weber) Vorteilsuche auf Kosten anderer Nationalstaaten. Diese nullsummenspielartige Orientierung kann als wirtschaftspolitischer Nationalismus bezeichnet werden.

In meinem Vortrag möchte ich drei Thesen formulieren. Erstens kristallisieren nationalistische Argumente (neben dem Hauptthema der Einschränkung von Arbeitsmigration) an den Imbalancen des globalen Handels. Dabei fühlen sich sowohl Defizit- als auch Überschussseite übervorteilt: Der US-amerikanische Neonationalismus attribuiert die Schuld an struktureller Arbeitslosigkeit auf Gläubigerländer wie China oder Deutschland, welche mithilfe unterbewerteter Währungen ihre Wettbewerbsfähigkeit pflegen. Diese wiederum vermuteten die Probleme des globalen Systems bei windigen Schuldnerländern, von deren Defiziten ihr Erfolg allerdings abhängt.

Zweitens lässt sich zeigen, wie unterschiedliche Stadien der Finanzierungsstruktur des globalen Wirtschaftssystems (Streeck 2013) unterschiedliche Formen der Wirtschaftspolitik erzwingen oder zumindest plausibilisieren, darunter auch die nationalistische Option. Solange die private Neuverschuldung das Wirtschaftswachstum ausreichend antreibt, sind ausgeglichenes Budget und offener Handel politisch opportun, sobald aber die Privatverschuldung ausbleibt, werden die globalen Abhängigkeiten zum perhorreszierten Hindernis einer souveränen nationalen Wirtschaftspolitik, eine neue partielle „Containerisierung“ wird plausibel. Staaten ohne eigene Währung haben nicht einmal fiskalische Kontrolle, wie das traurige Schicksal der Südstaaten der Eurozone zeigt.

Aus dieser Analyse lassen sich drittens Schlüsse für die Frage der Kontinuität oder Disruptivität des neuen Nationalismus für die neoliberale Ära ziehen: Gerade weil man auf den gewohnten „liberalen“ Pfad hinreichender Privatverschuldung zurückkehren möchte (aber ein Zusammenbrechenlassen der hypertrophen Finanzierungsstruktur scheut), muss der Staat intensiv „illiberal“ eingreifen. Protektion und höhere Budgetdefizite (Steuersenkung/Ausgabenprogramme), mittels derer neue investive Privatinitiative motiviert werden soll, um den Abfluss der Industriearbeitsplätze zu kompensieren, werden nationalistisch oder zumindest mit dem Argument des Standortwettbewerbs legitimiert. Solange die zugrundeliegenden globalen Probleme der Finanzierungsstruktur nicht gelöst werden, kann jede erneute Krise die gegenwärtig virulente nationalistische Konjunktur weiter gefährlich anheizen. Sie wäre dann mehr als ein vorübergehendes Krisensymptom politisch-taktischer Natur, eine permanente Modifikation der Wirtschaftsordnung.